

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Klaus Brandner, Dr. Michael Bürsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Ingolstadt), Anja Hajduk, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/5340 –**

Investitionskräfte stärken – Neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dietrich Austermann, Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/5325 –**

Notwendige Investitionen in die deutsche Verkehrsinfrastruktur bereitstellen

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Joachim Günther (Plauen), Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/5338 –**

Infrastrukturinvestitionen erhöhen – Neue Wege bei Finanzierung und Betrieb der Bundesfernstraßen

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung soll unter anderem kurzfristig ein Maßnahmenpaket mit einem Gesamtvolumen von 2 Mrd. Euro zusätzlicher Investitionsmittel vorlegen, das mit der ersten Teilsumme in Höhe von 500 Mio. Euro im Jahr 2005 realisiert werden kann. Zusammen mit den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll sie noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Gesetzentwurf vorlegen, der gebühren-, vergabe-, haushalts- und steuerrecht-

liche Hemmnisse bei der Realisierung von ÖPP-Projekten (ÖPP: Öffentlich-Private Partnerschaften) beseitigt. Weiterhin soll sie prüfen, ob die Anlagemöglichkeiten im Investmentgesetz auf ÖPP-Projekte durch eine Novellierung des Investmentgesetzes erweitert werden können und sich dafür einsetzen, einen ÖPP-Beteiligungsfonds bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Europäischen Investitionsbank aufzulegen. Zudem soll sie das Planungsrecht straffen und vereinfachen, die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Fortsetzung des KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramms schaffen, die Entbürokratisierung von Existenzgründungen unterstützen und das ERP-Innovationsprogramm (ERP: Europäisches Wiederaufbauprogramm) attraktiver machen.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben den Antrag eingebracht, unter anderem die Bundesregierung aufzufordern, die unter Berücksichtigung des steigenden Verkehrsaufkommens notwendigen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen; die Investitionen im Verkehrsbereich zu verstetigen; den einzelnen Verkehrsträgern zumindest mittelfristig Planungssicherheit durch verlässliches Handeln über längere Planungszeiträume zu gewährleisten; die im Bundeshaushalt 2005 vorgesehenen Verkehrsinvestitionen in voller Höhe für den Erhalt und Neubau von Bundesfernstraßen, Wasser- und Schienenwegen zur Verfügung zu stellen; bestehende Hemmnisse zur Realisierung von Public-Private-Partnership-Projekten zu beseitigen und Zeitpläne und Rahmenbedingungen für die Realisierung konkreter Straßenbauprojekte vorzulegen.

Zu Nummer 3

Die Antragsteller haben den Antrag eingebracht, die Bundesregierung unter anderem aufzufordern, die Einnahmen aus der LKW-Maut zur Aufstockung der Straßeninvestitionen auf 6 Mrd. Euro pro Jahr zu verwenden; die Vorgabe aufzugeben, die Hälfte der Investitionsmittel für die Schiene zu reservieren; sich zu einem beschleunigten und vorrangigen Ausbau des deutschen Fernstraßennetzes zu bekennen; eine direkte Zuweisung der LKW-Mauteinnahmen an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) gesetzlich zu verankern; ein Konzept zur Maastricht-konformen Kreditfähigkeit der VIFG vorzulegen; die Erweiterung der privatwirtschaftlichen Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle für Bundesverkehrswege sowie die Ausdehnung der Anwendungsmöglichkeiten der sog. A-Modelle und F-Modelle vorzubereiten; die mittelfristige Überführung der Bundesautobahnen in privatrechtliche Finanzierungs- und Betreibergesellschaften in Bundeslizenz vorzubereiten sowie eine Untersuchung durchführen zu lassen, mit welchen Maßnahmen der sog. Tanktourismus zurückgeführt werden kann.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/5340 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/5325 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/5338 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags.

Zu den Nummern 2 und 3

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 15/5340 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 15/5325 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 15/5338 abzulehnen.

Berlin, den 3. Juni 2005

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter

Horst Friedrich (Bayreuth)
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uwe Beckmeyer und Horst Friedrich (Bayreuth)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5340 in seiner 172. Sitzung am 21. April 2005 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5325 in seiner 172. Sitzung am 21. April 2005 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. An den Ausschuss für Tourismus hat der Deutsche Bundestag den Antrag in seiner 175. Sitzung nachträglich zusätzlich überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/5338 in seiner 172. Sitzung am 21. April 2005 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Tourismus und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Antrag beinhaltet vor allem, dass die Bundesregierung kurzfristig ein Maßnahmenpaket mit einem Gesamtvolumen von 2 Mrd. Euro zusätzlicher Investitionsmittel vorlegen soll, das mit der ersten Teilsumme in Höhe von 500 Mio. Euro im Jahr 2005 realisiert werden kann. Zusammen mit den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll sie noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Gesetzentwurf vorlegen, der gebühren-, vergabe-, haushalts- und steuerrechtliche Hemmnisse bei der Realisierung von ÖPP-Projekten beseitigt. Weiterhin soll sie prüfen, ob die Anlagemöglichkeiten im Investmentgesetz auf ÖPP-Projekte durch eine Novellierung des Investmentgesetzes erweitert werden können und sich dafür einsetzen, einen ÖPP-Beteiligungsfonds bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Europäischen Investitionsbank aufzulegen. Zudem soll sie das Planungsrecht straffen und vereinfachen, die haushaltsrechtliche Ermächtigung für die Fortsetzung des KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramms schaffen, die Entbürokratisierung von Existenzgründungen unterstützen und das ERP-Innovationsprogramm attraktiver machen.

Zu Nummer 2

Die Antrag beinhaltet vor allem die Forderungen, die Bundesregierung unter anderem aufzufordern, die unter Berücksichtigung des steigenden Verkehrsaufkommens notwendigen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen; die Investitionen im Verkehrsbereich zu verstetigen; den einzelnen Verkehrsträgern zumindest mittelfristig Planungssicherheit durch verlässliches Handeln über längere Planungszeiträume zu gewährleisten; die im Bundeshaus-

halt 2005 vorgesehenen Verkehrsinvestitionen in voller Höhe für den Erhalt und Neubau von Bundesfernstraßen, Wasser- und Schienenwegen zur Verfügung zu stellen; bestehende Hemmnisse zur Realisierung von Public-Private-Partnership-Projekten zu beseitigen und Zeitpläne und Rahmenbedingungen für die Realisierung konkreter Straßenbauprojekte vorzulegen.

Zu Nummer 3

Inhalt des Antrags ist es vor allem, die Bundesregierung aufzufordern, die Einnahmen aus der LKW-Maut zur Aufstockung der Straßeninvestitionen auf 6 Mrd. Euro pro Jahr zu verwenden; die Vorgabe aufzugeben, die Hälfte der Investitionsmittel für die Schiene zu reservieren; sich zu einem beschleunigten und vorrangigen Ausbau des deutschen Fernstraßennetzes zu bekennen; eine direkte Zuweisung der LKW-Mauteinnahmen an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) gesetzlich zu verankern; ein Konzept zur Maastricht-konformen Kreditfähigkeit der VIFG vorzulegen; die Erweiterung der privatwirtschaftlichen Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle für Bundesverkehrswege sowie die Ausdehnung der Anwendungsmöglichkeiten der sog. A-Modelle und F-Modelle vorzubereiten; die mittelfristige Überführung der Bundesautobahnen in privatrechtliche Finanzierungs- und Betreibergesellschaften in Bundeslizenz vorzubereiten sowie eine Untersuchung durchführen zu lassen, mit welchen Maßnahmen der sog. Tanktourismus zurückgeführt werden kann.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5340 in seiner 99. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 11. Mai 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 15/5325 in seiner 64. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 11. Mai 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/5338 in seiner 99. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 11. Mai 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Anträge auf den Drucksachen 15/5340, 15/5325 und 15/5338 in seiner 74. Sitzung am 1. Juni 2005 beraten.

Die **Fraktion der SPD** vertrat die Auffassung, die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP litten an dem Mangel, dass sie die 2 Mrd. Euro für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, welche von der Bundesregierung aktuell vorgeschlagen worden seien, nicht berücksichtigten. Das hänge sicher mit der in diesen Anträgen erkennbaren Position zusammen, dass man keine Finanzierung einer integrierten Verkehrsinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln wolle. Sie sei demgegenüber der Meinung, man müsse den Verkehr als ein integriertes System betrachten, so dass Entlastungswirkungen für die Straße nicht nur durch die Straße, sondern auch durch die Schiene ermöglicht würden. Bei den Aufteilungsschlüsseln für die Infrastrukturinvestitionen sei Planungssicherheit unerlässlich. Das habe auch zur Konsequenz, dass klar sein müsse, was man zukünftig für die Schiene und was man für die Wasserstraße ausgeben wolle.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, dass die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mauteinnahmen nicht in vollem Umfang zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellten, sondern zur Sanierung des Haushaltes verwendeten. Die Feststellung, dass eine integrierte Verkehrsinfrastruktur Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand sei, hätten die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus ihrem Antrag übernommen. Diese Aussage stehe aber im Widerspruch zu dem tatsächlichen Handeln

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wenn in dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt werde, dass die Zeiträume von der Planung bis zur Realisierung von Verkehrsprojekten viel zu lange seien, frage sie, warum die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 1998 nichts dagegen unternommen hätten. Was die von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgesehenen zusätzlichen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur betreffe, hätten die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mittel vorher um 600 Mio. Euro pro Jahr gekürzt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, eine erste Tranche von 500 Mio. Euro der vom Bundeskanzler angekündigten zusätzlichen Mittel für die Verkehrsinfrastruktur sei an die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft überwiesen worden. Dies begrüße man und damit sei ein Teil des Antrages der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits umgesetzt worden. Bezüglich der Gesetzesvorhaben zu ÖPP-Projekten und Planungsbeschleunigung habe man nicht vorhersehen können, dass diese durch den gestauchten Zeitplan faktisch in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu Ende gebracht werden könnten. Das ändere aber nichts an dem damit verbundenen Anliegen, welches auf der Tagesordnung bleibe. Da hier Koalition und Opposition nicht so weit auseinander seien, hoffe man, dass hier in der nächsten Wahlperiode eine konstruktive Verständigung möglich sein werde.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie halte den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für nicht sehr zielgerichtet und es bleibe dabei auch die Frage offen, woher die 2 Mrd. Euro kommen sollten, wenn sich die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer auf die schwierige Haushaltslage beriefen. Es sei offenkundig schwierig, innerhalb der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Einigung über die Frage des künftigen Planungsrechts zu erzielen. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssten erst einmal sagen, was sie hier konkret anstrebten. Bislang hätten sie nur die Vorschläge der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt. Auch bei der Ausweitung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften im Verkehrsbereich – über das hinaus, was schon das seit 1994 existierende Bundesfernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz ermögliche – gebe es von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN außer der Ankündigung noch nichts Konkretes.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** nahm den Antrag auf Drucksache 15/5340 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP an.

Den Antrag auf Drucksache 15/5325 lehnte er mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP ab.

Den Antrag auf Drucksache 15/5338 lehnte er mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU ab.

Berlin, den 3. Juni 2005

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter

Horst Friedrich (Bayreuth)
Berichterstatter

